

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Personal und Organisation Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 11/0365/WP17 Status: öffentlich AZ: FB 11/101 Datum: 07.11.2019 Verfasser: Frau Bläsius						
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.10.2019 (öffentlicher Teil)							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="181 667 379 701">Datum</th> <th data-bbox="387 667 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="962 667 1382 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="181 703 379 732">05.12.2019</td> <td data-bbox="387 703 954 732">Personal- und Verwaltungsausschuss</td> <td data-bbox="962 703 1382 732">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	05.12.2019	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
05.12.2019	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung					

Beschlussvorschlag:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.10.2019 (öffentlicher Teil).

Anlage/n:

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 10.10.2019 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Personal- und
Verwaltungsausschusses**

4. November 2019

Sitzungstermin:	Donnerstag, 10.10.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Ort, Raum:	Verwaltungsgebäude Aureliusstraße 30, Raum Melaten (401)

Anwesende:

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsherr Ahmethicri Agirman

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Vertretung für: Ratsherrn Lars Lübben

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsfrau Claudia Plum

Ratsherr Michael Servos

Ratsherr Marc Teuku

Vertretung für: Herrn Thomas Buhr

Herr Ludger Eickholt

Frau Annika Fohn

Frau Jana Keller

Frau Ute Nußbaum

Abwesende:

Ratsherr Lars Lübben	entschuldigt
Herr Thomas Buhr	entschuldigt

als Teilnehmer der Verwaltung:

Frau Katharina Gussmann	FB 11
Herr Berthold Hammers	FB 11
Frau Ingrid Joka-Gabel	FB 11
Frau Diana Kleinholz	FB 11
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Herr Uwe Müller	FB 61
Herr Marc Neumann	Dez V
Frau Katja Oldenburg	FB 11
Herr Wolfgang Pauels	Dez I
Herr Karlheinz Welters	GPR

als Schriftführerin:

Frau Kerstin Bläsius

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 04.07.2019 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 11/0355/WP17

- 3 **Externe Vergaben des Fachbereichs Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen (FB 61)**

- 4 **Stellenplan 2019**
 - 4.1 **Veränderung des Stellenplans durch Einrichtung von fünf befristeten Stellen im Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen sowie einer befristeten Stelle im Bereich Bauverwaltung für das Projekt „Aachen MooVe! - Modellstadt Emission ohne Verkehr“ im Programm Kommunaler Klimaschutz**
Vorlage: FB 11/0360/WP17

 - 4.2 **Veränderung des Stellenplans durch Einrichtung von drei Stellen im Fachbereich Umwelt in Folge des vom Rat der Stadt Aachen beschlossenen Klimanotstands**
Vorlage: FB 11/0361/WP17

 - 4.3 **Veränderung des Stellenplans durch befristete Einrichtung einer vollen Stelle im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration, Abteilung „Hilfen bei Einkommensdefiziten“, Bereich „Arbeitsmarktintegration“ (FB 56/202) für das Aufgabengebiet „Teilhabemanagement“ im Rahmen des Förderprogramms „Gemeinsam klappt's“**
Zurückgezogen

- 5 **Stellenplan 2020**
 - 5.1 **Befristete Einrichtung von vollen und halben Projektstellen im Rahmen der Förderung „Digitale Modellregion“ sowie befristete Einrichtung einer vollen Stelle in der Abteilung Organisationsmanagement, Sachgebiet „Prozesse“ (FB 11/502)**
Vorlage: FB 11/0363/WP17

- 5.2 **Stellenplan 2020 und
Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2020 (1. Lesung)**
Vorlage: FB 11/0357/WP17

- 6 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 6.1 **Förderprogramm Soziale Teilhabe und Arbeitsmarktintegration
-Teilhabechancengesetz-**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Frau Parting eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Sie bittet die Anwesenden im Rahmen einer landesweiten Schweigeminute den Opfern von Halle zu gedenken.

Im Anschluss erläutert Herr Dr. Kremer vor Eintritt in die Tagesordnung, dass seitens der Verwaltung zum einen beabsichtigt sei, den Tagesordnungspunkt 4.3 „Veränderung des Stellenplans (2019) durch befristete Einrichtung einer vollen Stelle im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration, Abteilung „Hilfen bei Einkommensdefiziten“, Bereich „Arbeitsmarktintegration“ (FB 56/202) für das Aufgabengebiet „Teilhabemanagement“ im Rahmen des Förderprogramms „Gemeinsam klappt's“, zurückzuziehen. Diese Stelleneinrichtung werde mit in die 2. Lesung zum Stellenplan 2020 einfließen. Zum anderen habe die Verwaltung unter Tagesordnungspunkt 5.2 „Befristete Einrichtung von vollen und halben Projektstellen im Rahmen der Förderung „Digitale Modellregion“ sowie befristete Einrichtung einer vollen Stelle in der Abteilung Organisationsmanagement, Sachgebiet „Prozesse“ eine Nachtragsvorlage auf die Tagesordnung aufnehmen lassen. Durch eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung und einer vorbehaltlichen Beschlussfassung zum Stellenplan 2020 durch den Rat der Stadt am 22.01.2020 könne bereits in 2019 zeitnah die Einleitung entsprechender Stellenbesetzungsverfahren erfolgen, um eine schnellstmögliche Bewirtschaftung der Stellen zu gewährleisten. Zudem bitte er darum, die Tagesordnungspunkte 5.1 „Stellenplan 2020 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2020 (1. Lesung)“ und 5.2 „Befristete Einrichtung von vollen und halben Projektstellen im Rahmen der Förderung „Digitale Modellregion“ sowie befristete Einrichtung einer vollen Stelle in der Abteilung Organisationsmanagement, Sachgebiet „Prozesse“ (FB 11/502)“ in der Beratungsfolge zu tauschen. Weitere Anträge auf Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Ausschussmitglieder beschließen die geänderte Tagesordnung einstimmig.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 04.07.2019 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 11/0355/WP17

Beschluss:

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt mit einer Enthaltung wegen Nichtanwesenheit die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 04.07.2019 (öffentlicher Teil).

zu 3 Externe Vergaben des Fachbereichs Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen (FB 61)

Herr Müller erläutert im Rahmen einer Präsentation die externen Vergaben inklusive der jeweils projektbezogenen Leistungsbeauftragungen in den Abteilungen „Vorbereitende Bauplanung“ (61/100), „Verbindliche Bauleitplanung“ (61/200), „Verkehrsplanung und Mobilität“ (61/300), „Stadterneuerung und Stadtgestaltung“ (61/500) und „Straßenplanung und -bau, Koordinierungsstelle Abwasser“ (61/700) des

Fachbereiches Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen. Zudem stellt er den Mitgliedern eine Übersicht der Planstellenentwicklung vor, in welcher alle Veränderungen seit dem Stellenplan 2016 enthalten sind.

Im Anschluss an die Präsentation erläutert Herr Servos, dass die Stadtkämmerin im Rahmen ihrer gestrigen Ausführungen zur Haushaltseinbringung deutlich gemacht habe, wie viele städtische Projekte de facto in diesem Jahr nicht hätten umgesetzt werden können. Da dies die Verwaltung zukünftig vor Probleme stellen könnte, erkundige er sich in diesem Zusammenhang nach den aktuellen Entwicklungen der Arbeitsbelastung und den Stellenzuwächsen im Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen. Herr Müller führt diesbezüglich aus, dass die in Rede stehenden Umsetzungen zu einem großen Teil den öffentlichen Raum betreffen. Um eine Aussage zu den Entwicklungen tätigen zu können, müsse sehr genau auf jede Abteilung geschaut werden. So verzeichne man beispielsweise in der Abteilung Straßenplanung und Bau gegenüber den anderen Abteilungen einen höheren Krankenstand. Auch Überlegungen über den weiteren Verfahrensablauf zukünftiger Themenfelder -wie unter anderem das Bürgerbegehren der Initiative „Radentscheid“- müssten einer Entscheidung im Hinblick auf Leistbarkeit-zugeführt werden. Die Kosteneinschätzung zum Radentscheid werde gerade aufgestellt und zur Beratung in die entsprechenden politischen Gremien eingebracht.

Herr Dr. Kremer betont, dass der Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen in Gänze große Aufgaben zu bewältigen habe. Aus diesem Grund stehe man stets in engem Kontakt und ständigem Austausch mit dem Fachbereich. Ein besonderes Augenmerk liege auf dem Bereich „Mobilität“; um dieses Themenfeld drehe sich sehr viel. Die Verwaltung reagierte bereits mit der Einbringung von unterjährigen Stelleneinrichtungen in die letzte Ratssitzung auf diesen Umstand. Darüber hinaus habe der Fachbereich entsprechend den bisherigen Aufgabenzuwächsen seit 2016 Planstellenzuwächse in Höhe von 17,5 Stellen (Stand 2016=82 Stellen / Stand 2019=99,5 Stellen) zu verzeichnen. Im Ergebnis bleibe zudem festzuhalten, dass zum aktuellen Zeitpunkt fast alle Stellen der seit 2016 neu eingerichteten Stellen besetzt seien. Mit Ausblick auf die 2. Lesung des Stellenplans 2020 werde sich zudem der Stellenumfang nochmals um 14,5 Stellen auf insgesamt 114, Stellen erhöhen. Demnach werde das Stellenvolumen seit 2016 um 39,2 Prozent zunehmen. Grundsätzlich habe man im Fachbereich personell gut nachgesteuert, es läge jedoch auch auf der Hand, dass nicht alle Maßnahmen in Eigenleistung erbracht werden könnten. Natürlich erscheine es aktuell wirtschaftlicher, wenn die Verwaltung selber Ingenieurinnen und Ingenieure mit entsprechender Fachkompetenz beschäftigen würde. Es gestalte sich jedoch weiterhin schwierig, qualitativ hochwertiges Fachpersonal finden, gewinnen und binden zu können.

Frau Begolli erkundigt sich zum einen, ob überdurchschnittlich viele externe Vergaben für Aufgaben vorlägen, für welche es keine dauerhafte Erforderlichkeit gebe, und zum anderen, ob es sich bei den 4 nichtbesetzten Stellen nur um Ingenieurstellen handele. Wieviel Stellen seien tatsächlich nicht besetzt? An dieser Stelle bringe sie das sogenannte „Positionspapier der Betriebsleitung“ in Erinnerung, welches seinerzeit vom Gebäudemanagement der Stadt Aachen zu diesem Themenkomplex erarbeitet worden sei. Gegebenenfalls müsse die Verwaltung in Anlehnung an das Positionspapier des Gebäudemanagements diesen Bereich erneut bewerben.

Frau Eschweiler berichtet, dass die Bewerbung der Berufsgruppe der Ingenieurinnen und Ingenieure bereits im Maßnahmenkatalog der städtischen Kampagne zur Personalgewinnung und -bindung

enthalten sei. Im Rahmen der Ausschreibungen müsse die Verwaltung bereits jetzt über die zu berücksichtigenden Herausforderungen nachdenken. Bezugnehmend auf die Anfrage von Frau Begolli erörtert sie, dass von den Stellenneueinrichtungen tatsächlich nur 4 Stellen nicht besetzt wären, da entsprechend den Aufgabenzuwächsen immer Personal nachgezogen worden sei und weiter nachgezogen werde.

Herr Dr. Kremer führt weiter aus, dass in diesem Jahr der Fokus der städtischen Personalmarketingaktivitäten vor allem auf dem Bereich der berufsgruppenspezifischen Personalgewinnung liege. Im Mittelpunkt stünden hier die Bereiche KiTa/OGS, Feuerwehr sowie Ordnungs- und Sicherheitsdienst. Wie bereits durch die Verwaltung angekündigt, werde Frau Buchem die crossmediale Karrierekampagne im kommenden Jahr auf die Berufsgruppe der Ingenieurinnen und Ingenieure ausweiten. In diesem Kontext möchte er jedoch auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Umsetzung der Strategie zur Personalgewinnung und -bindung natürlich immer unter dem Vorbehalt einer seriösen und maßvollen Finanz- und Personalpolitik zu sehen sei. Die Verwaltung bewege sich innerhalb der tarif- und beamtenrechtlichen Rahmenbedingungen.

Herr Servos berichtet, dass die Themenfelder Planung und Mobilität immens an Bedeutung gewonnen bzw. eine große Dynamik entwickelt hätten. Aus diesem Grund seien bereits in der letztjährigen Haushaltsplanberatung entsprechende Stellenzuwächse eingeplant worden. Nun stehe man an selbiger Stelle. Mit Blick auf das Bürgerbegehren der Initiative „Radentscheid“ könnten sich gesehen auf die nächsten 10 Jahre bereits massive Aufgabenzuwächse in der Verwaltung ergeben. Es sei daher sehr wichtig, rechtzeitig in eine vorausschauende Personalplanung einzusteigen und entsprechende Ressourcen (Einrichtung von 8 - 10 unbefristeten Stellen) einzuplanen; noch könne der Stellenplan 2020 angepasst werden. Davon ausgehend, dass sich die Besetzung der Stellen -im Besonderen im Ingenieurbereich- nicht ganz so unproblematisch darstellen könnte, halte er für die Stadt Aachen eine an das Bürgerbegehren anlehrende Kampagne für zielführend. Es wäre schön, gegebenenfalls Frau Poth als Botschafterin für diese Kampagne gewinnen zu können.

Frau Eschweiler führt abrundend aus, dass selbstverständlich bei Vorlage des Aufgabenbeschlusses zeitgleich auch die Ressourcen zur Verfügung stehen müssten.

Herr Müller legt dar, dass die externen Stellenausschreibungen des Fachbereichs Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen im Bereich des Berufsfeldes Straßenbauingenieur*in tatsächlich attraktiver gestaltet werden könnten und sollten. Er habe diesbezüglich interessante Anregungen auf der Fachkräftetagung im September dieses Jahres erhalten. Zudem habe die fast einjährige Vakanz der Stelle Leitung der Abteilung „Straßenplanung und Bau“ die gesamte Personalakquise in diesem Bereich erschwert. Hier stehe man jedoch aktuell im engen Austausch mit dem Fachbereich Personal und Organisation. Abschließend weise er -im Besonderen mit Blick auf die Themenfelder „Bewohnerparken“ und „Radentscheid“- darauf hin, dass man den Erwartungshaltungen der Bürgerschaft nach politischer Beschlussfassung aufgrund des oft langen zeitlichen Versatzes bis zur tatsächlichen Bewirtschaftung der Stelle/n nicht immer gerecht werden könnte. Benötigte Personalressourcen im Benehmen mit dem Radentscheid seien nicht eingeplant und müssten zusätzlich eingespeist werden.

Frau Moselage merkt an, dass der besondere Personalbedarf im Bereich der Ingenieurberufe kein spezielles Problem, welches ausschließlich die Stadt Aachen betreffe, darstelle. Ein wichtiger Aspekt für die Gewährleistung einer langfristig qualitativ und quantitativ auskömmlichen Personalausstattung in diesem Bereich sei -wie in anderen entsprechenden Berufsfeldern auch- die Schaffung

gehaltstechnischer Anreize. Die Verwaltung müsse damit rechnen, dass sich die Personalgewinnung in diesem Segment trotz verstärkter städtischer Personalmarketingaktivitäten weiter schwierig gestalten werde.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 4 Stellenplan 2019

zu 4.1 Veränderung des Stellenplans durch Einrichtung von fünf befristeten Stellen im Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen sowie einer befristeten Stelle im Bereich Bauverwaltung für das Projekt „Aachen MooVe! - Modellstadt Emission ohne Verkehr“ im Programm Kommunaler Klimaschutz

Vorlage: FB 11/0360/WP17

Herr Dr. Kremer erläutert, dass mit Bescheid vom 18.06.2019 und 19.06.2019 der Stadt Aachen im Rahmen des Landeswettbewerbes „Emissionsfreie Innenstadt“ seitens der Bezirksregierung zum einen eine zweckgebundene Zuwendung zur Umsetzung des ersten Arbeitspaketes „AachenMooVe! 1 - Ausbau Fuß- und Radverkehr“ und zum anderen eine zweckgebundene Zuwendung zur Umsetzung des fünften Arbeitspaketes „AachenMooVe! 5 - Alternativ betriebene Fahrzeuge beim Aachener Stadtbetrieb und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Elektromobilität“ gewährt worden sei. Zur Erfüllung dieser beiden Teilaufgaben seien aktuell Ressourcen im Umfang von 6 Vollzeitstellen erforderlich, um die geförderten Maßnahmen im Rahmen der Bewilligungszeiträume umsetzen zu können. Damit die jeweils seit Anfang Juli diesen Jahres zur Verfügung stehenden Fördermittel zeitnah abgerufen werden könnten, sollten die Stellen daher noch unterjährig im Stellenplan 2019 eingerichtet und die Stellenbesetzungsverfahren zeitnah eingeleitet werden. Er habe daher an dieser Stelle die herzliche Bitte an die Mitglieder des Ausschusses, eine entsprechende Beschlussfassung herbeizuführen.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt Aachen die Veränderung des Stellenplans 2019 durch die, zunächst bis 30.06.2022 befristete, Einrichtung von fünf Vollzeitstellen im Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen sowie einer Vollzeitstelle im Bereich Bauverwaltung für die Umsetzung des drittmittelgeförderten Projektes „Aachen MooVe! - Modellstadt Emission ohne Verkehr“ im Programm Kommunaler Klimaschutz.

zu 4.2 Veränderung des Stellenplans durch Einrichtung von drei Stellen im Fachbereich Umwelt in Folge des vom Rat der Stadt Aachen beschlossenen Klimanotstands

Vorlage: FB 11/0361/WP17

Herr Dr. Kremer führt aus, dass mit dieser Vorlage entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz im Rahmen des Klimanotstandes eine qualifizierte Beratungsbasis der eingebundenen städtischen Dienststellen geschaffen werde. Zudem sei es in diesem Kontext wichtig, dass das integrierte Klimaschutzkonzept bis zum Jahresende stehe. Die Verwaltung werde zu diesem Themenfeld Ende Oktober/Anfang November zu einem interfraktionellen Kreis einladen. Aufgrund des Zeitdrucks sei es geboten, bei erfolgreicher Personalakquise diese Stellen vorzeitig zu bewirtschaften, was sich ja bereits aus der Natur der Sache ergebe.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt Aachen die Veränderung des Stellenplans 2019 durch die Einrichtung von drei Vollzeitstellen im Fachbereich Umwelt in Folge des vom Rat der Stadt beschlossenen Klimanotstands.

zu 4.3 Veränderung des Stellenplans durch befristete Einrichtung einer vollen Stelle im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration, Abteilung „Hilfen bei Einkommensdefiziten“, Bereich „Arbeitsmarktintegration“ (FB 56/202) für das Aufgabengebiet „Teilhabemanagement“ im Rahmen des Förderprogramms „Gemeinsam klappt's“

Der Tagesordnungspunkt wird seitens der Verwaltung zurückgezogen.

zu 5 Stellenplan 2020

zu 5.1 Befristete Einrichtung von vollen und halben Projektstellen im Rahmen der Förderung „Digitale Modellregion“ sowie befristete Einrichtung einer vollen Stelle in der Abteilung Organisationsmanagement, Sachgebiet „Prozesse“ (FB 11/502)

Vorlage: FB 11/0363/WP17

Vorweg bittet Herr Dr. Kremer die Mitglieder des Ausschusses um Nachsicht, dass die Unterlagen des Nachtragstagesordnungspunktes erst so kurzfristig nachgereicht worden seien. Die Verwaltung erfreue sich gerade an den ersten Zuwendungsbescheiden und Genehmigungen zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn und müsse nun zeitnah reagieren. Da die vorbereitenden Arbeiten für den Gesamtumfang der 2. Lesung des Stellenplans 2020 aus verfahrenstechnischen Gründen inhaltlich bereits abgeschlossen seien, bedürfe es jetzt dieser gesonderten Vorlage zur politischen Beschlussfassung. Insbesondere die Projekte „BürgerID“ und „GovChain - Blockchain“, welche in der Anlage 2 (Anträge Digitale Modellregion NRW, Stand 30. September 2019) grün markiert seien, möchte die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt voran bringen.

Herr Servos äußert Bedenken darüber, dass die Stellen mit einem ihrer Projektlaufzeit entsprechenden kw-Vermerk versehen seien und somit einer Befristung unterlägen. Er bitte die Verwaltung um Überprüfung der Möglichkeit, unbefristete Arbeitsverträge abzuschließen.

Herr Dr. Kremer bedankt sich für diesen Hinweis und sichert bei einer positiven Verwendungsprognose selbstverständlich eine entsprechende Prüfung zu. Dies sei auch die bereits seit längerem geübte Praxis.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss dem Rat der Stadt Aachen für den Stellenplan 2020 die befristete Einrichtung von

2 x 0,5 Stelle EG 11 kw2021

2 x 1,0 Stelle EG 13 kw2021

2 x 0,5 Stelle EG 11 kw2022

1 x 1,0 Stelle EG 11 kw2022

Projektstellen im Rahmen der Förderung „Digitale Modellregion“ zu beschließen. Die Stellen werden mit einem ihrer Projektlaufzeit entsprechenden kw-Vermerk versehen und wie in den Erläuterungen dargestellt strukturell zugeordnet. Vorbehaltlich der Beschlussfassung zum Stellenplan 2020 durch den Rat der Stadt am 22.01.2020 erfolgt bereits in 2019 zeitnah die Einleitung entsprechender Stellenbesetzungsverfahren, um eine schnellstmögliche Bewirtschaftung der o.a. Stellen zu gewährleisten.

Zusätzlich empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss auf Vorschlag des Oberbürgermeisters dem Rat der Stadt Aachen für den Stellenplan 2020 die bis 31.08.2022 befristete Einrichtung einer nach EG 11 TVöD bewerteten Vollzeitstelle im Sachgebiet „Prozesse“ der Abteilung „Organisationsmanagement“ (FB 11/502).

zu 5.2 Stellenplan 2020 und

Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2020 (1. Lesung)

Vorlage: FB 11/0357/WP17

Anmerkung der Verwaltung:

Damit die in der Vorlage aufgeführten Haushaltspositionen zunächst am Vortag in der Sitzung des Rates der Stadt im Rahmen der Haushaltseinbringung vorgelegt werden konnten, wird die Vorlage -wie bereits aus der Einladung zu entnehmen war- in die heutige Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses als Tischvorlage in Form einer 1. Lesung eingebracht.

Vorweg spricht Herr Dr. Kremer den an der Vorlagenerstellung beteiligten Kolleginnen und Kollegen des Fachbereichs Personal und Organisation namentlich Frau Oldenburg, Frau Gussmann -der Nachfolgerin von Frau Pielen-, Frau Joka-Gabel, Frau Kleinholz, Herrn Zimmermann und Herrn Hammers seinen Dank aus. Sodann stellt er den Mitgliedern des Ausschusses die Inhalte der Vorlage zum Entwurf des

Stellenplanes 2020, den Verfahrensablauf des Stelleneinrichtungsverfahrens von Januar 2019 bis Januar 2020, die Veränderungen zum Stellenplan 2019, die Zuordnung bzw. Aufteilung neuer Stellen nach Aufgabenbereichen und -arten, die Stellen- und Kostenbetrachtung, die Kostenentwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen, die Entwicklung der Planstellen und Mitarbeiterzahlen und entsprechender Kennzahlen sowie die Personalbesetzungsquote im Rahmen einer Präsentation vor. Von insgesamt 61,0 neuen Stellen entfielen 42,0 Stellen auf Pflichtaufgaben. 19,0 Stellen sollten zur Wahrnehmung von „freiwilligen“ Aufgaben eingerichtet werden. Demgegenüber stehe eine Einsparung von 12,0 Planstellen. Insgesamt schließe der Stellenplan 2020 somit, vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung in den politischen Entscheidungsgremien, gegenüber dem Stellenplan 2019 vorerst gesamtstädtisch mit 48,5 Mehrstellen (einschließlich einer Korrektur des Stellenplans 2019 von -0,5 Stelle) ab. Hierin enthalten seien 15,5 Stellen, welche die Politik bereits unterjährig im laufenden Haushaltsjahr 2019 im Vorgriff auf den Stellenplan 2020 genehmigt habe. Die in Ansatz gebrachten Personalkosten für die 61,0 neuen Stellen und sonstigen Bedarfe, die sich hauptsächlich aus der Verlängerung bzw. dem Wegfall von kw-Vermerken ergäben, beliefen sich in 2020 auf insgesamt rd. 4,7 Millionen Euro. Davon entfallen 2,9 Millionen Euro auf den PKV. Darauf anzurechnen seien bereits eingeplante Mittel für vorhandenes Personal und Stelleneinsparungen sowie haushaltsneutrale Verlagerungen in Höhe von rd. 1,2 Millionen Euro. Es verbliebe durch Personalkostenerstattungen, Gebühreneinnahmen und sonstiger Mehrbeträge letztlich ein ungedeckter Betrag an den Gesamtkosten für die neuen Stelleneinrichtungen in Höhe von rd. 1,4 Millionen Euro. Der prozentuale Anteil für den finanziellen Mittelbedarf der neuen Stellen belief sich im Verhältnis zu den insgesamt für den Haushalt 2020 angemeldeten fortgeschriebenen Personalaufwendungen 2020 in Höhe von rd. 202,5 Millionen Euro auf 0,72 Prozent. Aufgrund der Ansatzkürzungen für die neu einzurichtenden Stellen werde eine einmalige Verbesserung im Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 737 Tausend Euro erzielt. Ohne Ansatzkürzung werde der prozentuale Anteil 1,08 Prozent betragen und exakt dem für 2021 ermittelten Wert entsprechen.

Für Personal- und Versorgungsaufwendungen inklusive Stelleneinrichtungen seien insgesamt Mittel in Höhe von rd. 246,2 Millionen Euro erforderlich. Es ergebe sich somit im PKV 2020 gegenüber 2019 eine Erhöhung von rd. 11,8 Millionen Euro. Der Mehrbedarf resultiere im Wesentlichen aus der Fortschreibung der Personal- und Verwaltungsaufwendungen. Maßgeblich hierfür sei zum einen der dreistufige Tarifabschluss aus 2018 für Beschäftigte bzw. aus 2019 der Besoldungsabschluss für Beamte. Zum anderen führe die steigende Zahl der Versorgungsfälle zu einem erheblichen Anstieg der Pensionszuführungen für Versorger, der nur zum Teil durch eine höhere ertragswirksame Auflösung von Pensionsrückstellungen ausgeglichen werde. Den Personalaufwendungen insgesamt stünden dezentral geplante Erträge für das Personalkostenbudget gegenüber. Hierfür wären erstmalig für den Haushalt 2018 separate Konten eingerichtet worden, um die entsprechenden Erträge gesondert darzustellen und auszuwerten. Die dem Personalkostenverbund anzurechnenden Erstattungen und Zuweisungen beliefen sich auf rd. 36,5 Millionen Euro. Dies entspreche einem prozentualen Anteil von 18,05 Prozent an den gesamten Personalaufwendungen. Die im Haushaltsplanentwurf 2020 eingeplanten rd. 205,5 Mio. € für Personalaufwendungen ergäben sich aufgrund der vorsorglichen Berücksichtigung des Bedarfes für 3,0 Stellen Klimaschutz und des zusätzlichen Mehrbedarfes zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes sowie der erforderlichen Erhöhung der Pensionszuführungen für Beamte.

Die Darstellung der Entwicklung der Planstellen und der Mitarbeiterzahlen, der Kennzahlen (Beamtenquote/Anzahl der Versorgungsempfänger/laufender Versorgungsaufwand/Personalintensität) sowie der Personalbesetzungsquote diene abschließend der grafischen Unterlegung der vorgenannten Ausführungen.

Im Anschluss an den Vortrag bedankt sich Frau Eschweiler bei den Mitwirkenden für die erneut sehr gute Vorlage. Die transparente Aufbereitung des Zahlenwerkes und die nachvollziehbare Darstellung des Stellenplanes und der Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen. Sorge dafür, dass die Politik von Jahr zu Jahr eine sich stetig verbesserte Beratungsgrundlage erhalte.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters empfiehlt der Personal- und Verwaltungsausschuss vorbehaltlich weiterer Beschlüsse dem Rat der Stadt, den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 zu beschließen. Zudem nimmt der Personal- und Verwaltungsausschuss die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2020 zur Kenntnis.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Förderprogramm Soziale Teilhabe und Arbeitsmarktintegration

-Teilhabechancengesetz-

Herr Hammers unterrichtet die Mitglieder des Ausschusses im Rahmen einer Präsentation über den aktuellen Umsetzungsstand und die Entwicklungen im Förderprogramm „Soziale Teilhabe und Arbeitsmarktintegration - Teilhabechancengesetz“ seit der letzten Berichterstattung im Personal- und Verwaltungsausschuss am 04.07.2019. Herr Hammers erläutert, dass die Ermittlung der Personalkosten auf Basis eines kalkulatorischen Mittelwertes (EG 2TVöD NRW/30 Wochenstunden) erfolgt sei. Es habe sich jedoch gezeigt, dass bei strikter Einhaltung der Stellenbewirtschaftung nach EG 2 TVöD NRW kaum ein tarifkonformes Einsatzgebiet innerhalb der Stadt als geeignetes Tätigkeitsfeld zu finden sei. Um die Motivation der Teilnehmenden zu fördern, ihnen Entwicklungsmöglichkeiten und eine längerfristige Perspektive zu bieten und vor allem den Lebensunterhalt unabhängig von sozialen Leistungen sicherstellen zu können, sei eine tarifkonforme Eingruppierung bis zu 39 Wochenstunden in höhere Entgeltgruppen (EG 3 TVöD NRW) anzustreben. Zudem stelle die Aussicht auf die Ermöglichung einer höheren Eingruppierung in EG 4 TVöD NRW bei Ausweitung des Tätigkeitsfeldes eine weitere Motivationsförderung dar. Es bestehe ein intensiver Austausch zwischen Job-Center und der Stadt. Seit Ende Juli sei ein neuer kompetenter Betriebsakquisiteur im Job-Center im Einsatz. Zudem gebe es eine sehr engagierte Job-Coachin; es habe sich eine gute Basis der Zusammenarbeit entwickelt. Darüber hinaus sei seit Anfang September auch die stadteneigene Stelle des Fallmanagements besetzt. In einem im August geführten gemeinsamen Gespräch seien wichtige Themenbereiche -beispielsweise die Bewerbervorauswahl- nochmals besprochen und optimiert worden. Grundsätzlich gebe es ein klares

Einvernehmen darüber, dass Bürokratie vermieden werden müsse und die Aufnahmebedingungen nicht zu einem „Hemmschuh“ würden. Andererseits stimme man zu gegebenen Notwendigkeiten überein, wie der Vorlage von Führungszeugnissen. Bis zum 01.10.2019 ließen sich aktuell 18 Einstellungen verbuchen. Die Verwaltung avisiere 7 weitere Einstellungen bis zum 14.10.2019 an. Leider habe jedoch auch der erste Fall einer Kündigung nicht verhindert werden können.

Im Anschluss an die Präsentation merkt Herr Servos an, dass das Programm wirklich toll sei. Das Förderprogramm eröffne dem in Rede stehenden Personenkreis Perspektiven bzw Chancen, ihren Lebensunterhalt unabhängig von sozialen Leistungen sicherstellen zu können.

Frau Moselage führt -bezugnehmend auf die positiven Erfahrungswerte im Bezirk Eilendorf und mit Blick auf den entsprechend im März in diesem Ausschuss gestellten Prüfauftrag- aus, dass sie die aktuelle Entwicklung nach den anfänglichen „Anlaufschwierigkeiten“ erfreue. Die Chancen zur Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt seien gesetzt.

Auch Frau Begolli hebt die Besonderheit hervor, dass es in der Stadt Aachen gelungen sei, die Chancen für eine tarifkonforme Beschäftigung in Vollzeit zu schaffen. Von Anfang an nach Tariflohn zu zahlen, sei richtig gewesen. Sie berichtet abschließend aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie, in welchem auf mögliche neue Einsatzbereiche hingewiesen worden sei. Es habe sich im Nachhinein gezeigt, dass einige Meldungen der Dienststellen leider nur wenige oder keine sinnhaften Einsatzmöglichkeiten enthielten. Sie bitte die Verwaltung daher um Fortschreibung bzw. Anpassung der Einsatzbereichsliste, falls sich auch noch unterjährig weitere Optionen ergeben würden.

Frau Eschweiler betont, dass man mit Herrn Breuer innerhalb der Stadt eine Person gefunden habe, die sich federführend kümmert und den Personenkreis positiv unterstützend auf die Einhaltung der Vorgaben achtet.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Parting schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

Daniela Parting
Ausschussvorsitzende

Kerstin Bläsius
Schriftführerin

gesehen:

Marcel Philipp
Oberbürgermeister